

Berliner Tageblatt

Nr. 601

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 20. Dezember 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Langwierige Friedensverhandlungen in Sicht.

Panamerikas Vermittlung

Die Aktion des Völkerbundes abgeschlossen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

WASHINGTON, 20. Dezember.

Der Sonderausschuss der panamerikanischen Schiedsgerichtskonferenz, der sich mit der Beilegung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay zu befassen hat, beschloss, weitere Informationen von beiden Regierungen einzuholen. Die Verhandlungen werden sich sehr langwierig gestalten, die Kriegsgefahr gilt aber als beseitigt. Aus Asuncion wird gemeldet, dass die Demobilisierung im Gange sei. Der hiesige Geschäftsträger Paraguays erklärte jedoch, die unter den Waffen stehenden dreissigtausend Mann würden einsteilen noch in Bereitschaft gehalten, bis sich die Aussichten der Vermittlungsaktion übersehen liessen.

PARIS, 20. Dezember.

Die Bemühungen Briands als gegenwärtiger Vorsitzender des Völkerbundesrates um die Beilegung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay haben zu einem Erfolg geführt. Ausser Bolivien (dessen Zustimmung bereits im heutigen Morgenblatt enthalten ist, D. R.) hat gestern auch Paraguay den französischen Außenminister offiziell davon in Kenntnis gesetzt, dass es die Vermittlung der panamerikanischen Konferenz annehme. Der Geschäftsträger Paraguays in Paris übermittelte Briand folgendes Telegramm: „Unsere Regierung nimmt die von der panamerikanischen Konferenz in Washington angebotenen Vermittlungsdienste an. Die gestern angeordnete Mobilisierung der Streitkräfte hat einen rein defensiven Charakter.“

Als Antwort auf diese beiden Telegramme hat Briand gestern abend folgende Mitteilung an die Regierungen Boliviens und Paraguays abgesandt: „Der Völkerbundsrat, dessen Bemühungen darauf gerichtet waren, eine Verschärfung des Streitfalles zu verhindern und eine friedliche Regelung durch irgendeine Methode zu erleichtern, kann sich nur dazu beglückwünschen, dass ein Konflikt zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes, die durch die Rasse und gemeinsame Ueberlieferungen verbunden sind, aufgehalten worden ist, und dass die edelmütige Initiative der panamerikanischen Schiedsgerichtskonferenz eine günstige Aufnahme gefunden hat. Der Rat kann gleichfalls nur wünschen, dass dank dem Verfahren, das die beiden Parteien jetzt angenommen haben, so schnell wie möglich eine Lösung dieses

Streitfalles zustande kommt, die das gute Einvernehmen und die friedliche Zusammenarbeit zwischen ihnen wiederherstellt.“

Briand, der gestern abend ausser mit den Vertretern der südamerikanischen Staaten noch mit dem japanischen Botschafter Adatschi und dem spanischen Botschafter Quinones de León konferiert hatte, hat allen Mitgliedern des Völkerbundsrats von dem Ergebnis seiner Bemühungen Kenntnis gegeben. Dieses Ergebnis wird von der Pariser Presse als ein neuer Erfolg Briands und des Völkerbundes beurteilt, der geeignet ist, das Vertrauen zum Völkerbund weiter zu stärken. Nur Pertinax bezeichnet im „Echo de Paris“ die zustandgekommene Lösung als einen Missertelg des Völkerbundes, weil Bolivien und Paraguay nicht die Vermittlung des Völkerbundes, sondern der panamerikanischen Konferenz angenommen haben. Der Völkerbundsrat und sein gegenwärtiger Vorsitzender Briand hätten nur die Lorbeeren, die sie bei der Lösung des griechisch-bulgarischen Konfliktes errungen hätten, wieder etwas auffrischt wollen und dabei eine Niederlage erlitten. Dazu teilt Pertinax noch eine „komische Einzelheit“ von der letzten Ratstagung mit. In der geheimen Sitzung des Völkerbundsrats vom 11. Dezember, in der Briand das Eingreifen des Völkerbundes in den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay beantragte, habe Chamberlain, während er um eine Bedenkzeit für die Erteilung seiner Antwort bat, erklärt, dass die panamerikanische Konferenz besser als der Genfer Organismus geeignet sei, den Frieden zwischen beiden Ländern aufrechtzuerhalten. Man habe ihm erwidert, diese Konferenz, die für eine begrenzte technische Aufgabe eiberufen sei, würde nicht dazu qualifiziert sein. „Jetzt bestätigt man“, so schliesst Pertinax seine Ausführungen, „ohne Wimperzucken, dass man sich nur bemüht habe, der panamerikanischen Konferenz den Weg zu ebnet.“

LONDON, 20. Dezember. (W. T. B.)

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat der bolivianische Senat in einem gestern spät abends gefassten Beschluss der Regierung dafür, dass sie sich bereit erklärt hat, die Vermittlung und guten Dienste der panamerikanischen Konferenz zur Beilegung des Konfliktes mit Paraguay anzunehmen, sein Vertrauen ausgesprochen. Wie Reuter weiter meldet, hat sich die Spannung und Ueberreiztheit der Bevölkerung Boliviens mit dem Augenblick gelegt, wo es bekannt wurde, dass beide miteinander in Konflikt liegenden Staaten dem Vermittlungsversuch zustimmen. Es sei wahrscheinlich, dass die Krise ebenso rasch aus der Welt verschwinde, wie sie entstanden sei.

London erkennt Nanking an.

Vier Mächte folgen Englands Beispiel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

LONDON, 20. Dezember.

Der neue britisch-chinesische Zollvertrag ist gestern (wie bereits im grössten Teile der Morgenausgabe mitgeteilt wurde, D. Red.) von Sir Miles Lamson, dem britischen Gesandten, und Dr. Wang, dem chinesischen Außenminister, unterzeichnet worden. Der ratifizierte Vertrag wird später in London auszuwerden. Der Abschluss der Verhandlungen wurde dadurch ausserordentlich erleichtert, dass sich der britische Delegierte bereit erklärte, die von der Nanking-Regierung verlangte grundsätzliche Anerkennung der völligen Zollautonomie Chinas anzunehmen. Die Unterzeichnung des Vertrages fand um Mitternacht statt. Die nationalistische Regierung in Nanking feierte die Unterzeichnung des Vertrages als ein Ereignis allergrösster Bedeutung. Tatsächlich ist auch die Unterzeichnung des Vertrages mit der de jure-Anerkennung der nationalistischen Regierung durch England gleichbedeutend. Wie Reuter erzählt, ist damit zu rechnen, dass Sir Miles Lamson Tschiangkaischek, dem Vorsitzenden des chinesischen Staatsrats, sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird, was er bisher infolge der ungeklärten Lage der letzten Jahre nicht tun konnte. In nationalistischen Kreisen hofft man, dass die Unterzeichnung des Vertrages die Eröffnung eines neuen Kapitels der britisch-chinesischen Beziehungen und einer gegenseitigen Freundschaft bedeuten werde. Ausserdem wurden gestern noch von dem nationalistischen Außenminister Verträge mit Holland und Portugal, und heute vormittag weitere mit Frankreich und Schweden unterzeichnet, die dem britisch-chinesischen Vertrag in seinen wesentlichen Bestimmungen entsprechen sollen. Eine offizielle Bestätigung der Unterzeichnung des britisch-chinesischen Vertrages liegt noch nicht vor.

WASHINGTON, 20. Dezember. (Privat-Telegramm.) Hoover hat sich entschlossen, von Rio de Janeiro, wo er morgen eintrifft, direkt nach Florida weiterzufahren und seinen Besuch in Kuba und Mexiko Zeitmangels halber aufzugeben.

Olymp in Pichelsberg.

Von
Rudolf Olden.

So viel gerühmt die „Deutsche Hochschule für Leibesübungen“ auch in der Welt der internationalen Sportleute sein mag, ein grosser Teil der deutschen Öffentlichkeit hat gewiss bis vor kürzester Zeit nicht mehr als den Namen von ihr gekannt; und das erste Konkrete, das ihr den Begriff näherbrachte, war, dass ihre Studenten streikten. Das ist ein sehr ungewöhnliches, bemerkenswertes Ereignis. Man erinnert sich aus den manchmal bis zur Siedehitze gesteigerten Krisen, die das deutsche Hochschulleben in den letzten zehn Jahren heimgesucht haben, kaum an einen Fall, in dem zu diesem äussersten Mittel gegriffen wurde. Seitdem werden die Zeitungsleser mit Meinungsäusserungen beider Parteien überschüttet und erfahren täglich den aktuellen Stand der Dinge, es gibt einen Ueberfluss an „Meldungen vom Kriegsschauplatz“. Aber niemand wird behaupten können, dass durch die Fülle der Einzelmitteilungen Klarheit in die Materie gebracht worden sei. Weder Hochschul- noch Sportfragen stehen dem Bewusstsein des Volkes so fern, dass man nicht die Bereitschaft zum Verständnis voraussetzen könnte; es muss also wohl an der geheimnisvollen Art der Information liegen, dass sich niemand in der Materie auskennt, und dass man überall nur einem Schütteln des Kopfes begegnet, wenn von dem seltsamen Streik die Rede ist. Wir wollen versuchen, die Streitlage mit ihren Hintergründen zu klären.

Um eine so private Angelegenheit handelt es sich hier doch nicht, wie manche glauben machen wollen. Nicht nur hat die Hochschule seit ihrer Gründung die wärmste Förderung der verschiedensten Staatsfaktoren erfahren, — unter anderem hat der verstorbene erste Reichspräsident einen Hörsaal mit vollkommener Einrichtung gestiftet, — sondern es tragen auch Steuermittel in nicht unerheblicher Höhe zu ihrer Erhaltung bei. Von den 550 000 Mark laufender Kosten zahlt das Reichsministerium des Inneren den weitaus grössten Beitrag, nämlich 250 000 Mark, das „Anna-Heim“, in dem die Studentinnen wohnen, hat der Oberbürgermeister von Berlin aus ihm zur Verfügung stehenden Fonds gestiftet, das Uebungsschwimmbad zeigt schon durch seinen Namen „Hirtsiefer-Becker“, dass es ebenfalls öffentlichen Geldern seine Entstehung verdankt, — kurzum, auch von der idealen Seite ganz abgesehen, hat die Allgemeinheit die vollste Legitimation, sich um die verfahrenre Sache zu kümmern.

Wer da weiss, was nur der Name Sport an Sehnsucht und Glück für den Durchschnittsstudenten bedeutet, der hinter seine Bücher gebannt sitzt, der in staubigen Bibliotheken und überleuchtenden Laboratorien sein Leben verbringt, der gezwungen ist, allen Ehrgeiz und alle Spannkraft an gute Seminarzeugnisse zu setzen, der vielleicht als armer Werkstudent statt der Erholung nach dem Studium ermüdende und unerfreuliche Alltagsarbeit leisten muss, der neigt zu dem Glauben, dass die Zugehörigkeit zu einer Sporthochschule, dem modernen Ebenbild des hellenischen Gymnasiums, reines Glück bedeuten müsste. Wirft man einen Blick auf das Vorlesungs- und Uebungsverzeichnis des Wintersemesters und sieht man da Worte wie: Schwimmen, Wasserspringen, Wasserball, Handball, Fussball, Hockey, Eishockey, Hallentennis, Rugby, Boxen, Ringen, Jiu-Jitsu, Fechten, — alles Dinge, die das Entzücken jedes jungen Menschen von heute bedeuten, von denen alle träumen, die meisten aber durch den unüberwindlichen Wall des Zeit- und Geldmangels getrennt sind, so möchte man schwören, dass die, denen all das schrankenlos zur Verfügung steht, die einzigen wirklich Glücklichen auf dieser unvollkommenen Erde sind. Da ist in der Nähe des Stadions, in der frischen Luft, die sich ungefähr so von der Atmosphäre des Quartier latin unterscheidet, wie ein Trunk Nektar von einem schmutzigen Glas abgestandenen Biers, die grosse und die kleine Turnhalle errichtet, da ist das schon genannte Wasserbecken, da gibt es „Waldlauf“ und „Schneelauf“ und eine Gemeinschaft junger Männer und Mädchen, die scheinbar keine andere Sorge haben, als ihren Körper zur Vollkommenheit zu gestalten; während, vergessen wir es nicht, die grosse Mehrheit der deutschen Jugend in Fabriken und Schreibstuben um ihren Lebensunterhalt kämpft und nicht einmal in ihren seltenen Freistunden weiss, wie sie zu solchen ebenso ergötztlichen wie gesundheitsfördernden Gelegenheiten gelangen soll. Junge Götter müssten hier ein olympisches Dasein führen, meint man; und fühlt sich, denkt man an den Streik, an das Goethesche Wort erinnert, dass nichts schwerer zu ertragen sei als eine Reihe von schönen Tagen. Trotzdem muss man erkennen, diesen jungen griechischen Göttern und Göttinnen fehlt die wesentliche Eigenschaft der Göttlichkeit: sie sind nicht glücklich.

Dr. Simons' Beschwerde.

Die Stellung des Reichspräsidenten.

Die Beschwerde des Reichsgerichtspräsidenten Simons, die bereits seit einigen Tagen angekündigt war, ist nunmehr beim Reichspräsidenten eingegangen.

An zuständiger Stelle erklärt man, der Wortlaut dieser Beschwerde sei noch nicht bekannt, und infolgedessen könne man auch über die Stellungnahme des Reichspräsidenten noch nichts sagen. Wie uns von zuverlässiger Seite berichtet wird, trägt sich der Reichspräsident, der für derartige Beschwerden übrigens nicht zuständig ist, mit der Absicht, dem Reichsgerichtspräsidenten Simons seine persönliche Ansicht mitzuteilen. Diese geht, wie uns weiter versichert wird, dahin, dass die Handlungsweise der Reichsregierung nach Ansicht des Reichspräsidenten durchaus korrekt war, und dass darüber hinaus die Reichsregierung nur dem Reichstag verantwortlich ist. Diese Gesichtspunkte sollen in der Antwort des Reichspräsidenten, die rein persönlichen Charakter tragen soll, enthalten sein.

*

Von anderer Seite erfahren wir noch: Heute vormittag fanden Beratungen der beteiligten Ressorts zur Beilegung des Konfliktes zwischen Reichskabinett und Reichsgerichtspräsidenten statt. Der Reichspräsident wird auf die Beschwerde vermutlich in einer Form antworten, die eine unmittelbare Stellungnahme zu dem Streitgegenstand ausschliesst und zugleich den Weg für eine Verständigung durch einen Appell an den Reichsgerichtspräsidenten eröffnet.

*

Der schriftliche Einspruch der sächsischen Regierung gegen die Besetzung der Verwaltungsratsstellen bei der Reichsbahn ist noch nicht überreicht; die sächsische Regierung legt grösstes Gewicht auf eine möglichst gründliche rechtliche Fundierung ihrer Ansprüche. Die damit geschaffene Pause gibt vielleicht Gelegenheit, ein Kompromiss zu finden, der die bestehende Differenz aus der Welt schafft.

(Siehe auch Seite 3.)